Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, ¼jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 80 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—. Reklamezeile Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 142 — Mittwoch den 30. November 1921 — 32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* An der Berliner Montagbörse stieg die Markbewertung, so daß der Dollar auf 270 Mark sank.

* Nach Warschauer Meldungen sind Bergwerke in Königshütte in französischer Hand und große Eisenwerke in Hohenlohe in englische Hand übergegangen. In Kattowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt.

* Der englische Wirtschaftspolitiker Kenworthy trat für einen gemeinsamen Aufbau Rußlands durch England und Deutschland ein.

* Aus London wird gemeldet, daß Dr. Rathenau und Dr. Simons in London eingetroffen sind.

* Der französische Botschafter Barrère in Rom hat um Enthebung von seinem Posten, da die antifranzösischen Kundgebungen infolge der Washingtoner Rede Briands andauern.

* In Buenos Aires sind politische Unruhen ausgebrochen. Die bedeutendsten Politiker und Journalisten wurden in Haft genommen. Militär durchzieht die Straßen.

Reichsmark und Polenmark.

Zu der sich in letzter Zeit bemerkbar machenden Spekulationsjagd hinter der Polenmark her wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

Wer hätte es vor kurzem noch für möglich gehalten, daß die nahezu ins Bodenlose gesunkene, an internationalen Märkten kaum noch als Zahlungsmittel angenommene polnische Mark zu einem Spekulationsobjekt für geldbedürftige oder gewinnsüchtige Besitzer deutscher Geldwerte aufsteigen würde? Und doch muß diese Tatsache von jedem, der auch die kleinen Vorgänge unseres Wirtschaftslebens zu übersehen vermag, bestätigt werden.

Abseits der Börse, wo die großen Waren-, Effekten- und Devisengeschäfte abgeschlossen werden, hat der offene Geldsortenmarkt mehr und mehr auch die polnischen Papierscheine in sein Bereich gezogen. Wer fragt heute viel danach, ob er für die immer noch reichlich sauberen und wohlansehnlichen deutschen Papiergeldscheine schmutzige Warschauer Lappen eintauscht, deren aufdringlicher Farbendruck allenfalls slawischen Gemütern imponieren mag. Die Zahl ist es, die allein entscheidet; und die Aussicht, in polnischer Mark binnen kurzer Zeit erhebliche Spekulationsgewinne tätigen zu können, verführt auch den kleinen Mann von heute zu bedenkenloser Anteilnahme an der Spielwut, die das deutsche Land in allen seinen Teilen erfaßt hat wie eine durch kein Heilmittel aufzuhaltende Seuche. Ein Risiko scheint mit der Spekulation in polnischer Mark nicht verbunden zu sein, und da bei der Papiergeldfülle, deren sich auch die breiten Massen unseres Volkes heute im Durchschnitt zu erfreuen haben, ein Hunderter leicht erübrigt wird, erscheint die Versuchung, ihn in polnische Mark umzuwechseln, um dafür morgen oder übermorgen wieder einen höheren Betrag deutschen Geldes zurückzutauschen, einigermaßen unwiderstehlich. Der Polenrausch wird verfliegen, denn alles, was mit Polen zusammenhängt, ist nicht von Dauer, kann nicht von Dauer sein. Dann werden wieder einmal, wie man zu sagen pflegt, den letzten die Hunde beißen.

Drollig, sich vorzustellen, daß Polen seit der Genfer Entscheidung über Oberschlesien sozusagen als valutastarkes Land dasteht. Noch besitzt die Polenmark trotz ihres Aufschwunges seit jenen Tagen immer nur einen kläglichen Bruchteil des Wertes der deutschen Mark, und doch traten auch drüben an der Weichsel sofort die gleichen Erscheinungen zutage, die wir aus den wirklich valutastarken Ländern in diesen Jahren der europäischen Verelendung zur Genüge kennen gelernt haben. Die Preise begannen zu fallen mit der Wirkung, daß nicht etwa das Publikum in erhöhtem Maße zu kaufen begann, sondern daß der Absatz stockte, weil man allgemein der Erwartung lebte, daß der Niedergang der Preise sich ungehemmt fortsetzen werde. So blieben die Verkäufer auf ihren Waren sitzen, so daß sie ihrerseits den Einkauf einstellten, während die Käufer sich Zeit ließen und das Geld, das sie besaßen, festhielten, in der Hoffnung, daß sein Wert von Tag zu Tag steigen werde. In Wirklichkeit ist die Polenmark mittlerweile auf einem sozusagen mäßigen Stande fast in gleicher Höhe geblieben. Ihre weitere Zukunft dürfte eher von der Entwicklung der allgemeinen Geldverhältnisse in der Welt, als von besonderen polnischen oder deutsch-polnischen Ereignissen abhängen. Eine innere Rechtfertigung für die fortdauernde Spekulation in dieser polnischen „Valuta" kann also nicht zugestanden werden. Daß sie moralisch in höchstem Grade zu verurteilen ist, versteht sich von selbst. Wir klagen mit Recht darüber, daß der Wert der deutschen Mark weit über Gebühr gesunken sei, denn für sie haftet, gleichviel wie groß oder wie gering der Goldvorrat unserer Reichsbank ist, die Arbeitskraft, die Leistungsfähigkeit und schließlich auch der ganze kulturelle Hochstand der deutschen Nation. An diesen Gütern versündigt sich als Deutscher, wer den Wertzeichen eines solchen Staates wie des polnischen auch nur vorübergehend zu höherem Ansehen verhilft, als ihnen in Tat und Wahrheit zukommt. „Die Deutschen spekulieren mit ihrer eigenen Währung", so sagen die wenigen Freunde, die wir noch im Auslande besitzen, beim Anblick der Zustände, die das heutige Deutschland kennzeichnen. Es macht nichts aus, zu prüfen, ob sie berechtigt sind, uns dieserhalb zu verurteilen, denn das gleiche Verhalten läßt sich schließlich auch den Holländern, den Schweizern, den Skandinaviern zum Vorwurf machen, die, um von dem billigen deutschen Geld zu profitieren, zu uns kommen und unsere Waren aufkaufen, während die Geschäftsleute ihres eigenen Landes infolge Absatzmangel zugrundegehen. Aber was andere Nationen sich — vielleicht — leisten können, das dürfen wir Deutsche uns heute auf lange Zeit hinaus noch durchaus nicht leisten, einfach deshalb nicht, weil wir nicht mehr entfernt soviel zu verlieren haben wie unsere Nachbarn.

Leider aber denkt heutzutage jeder nur an seinen eigenen Augenblicksnutzen und an nichts weiter. Wenn sich an diesem allgemeinen Tiefstand unserer moralischen Haltung nichts ändert, wird uns kein Gott und kein Teufel mehr helfen können.

Ausländisches Kapital für Oberschlesien.

Aus Warschau wird berichtet, daß Bergwerke in Königshütte in französische Hand und große Eisenwerke in Hohenlohehütte in englische Hand übergegangen seien. In Kattowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen förderten solche Verkäufe, da die Aufrechterhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Damit wird also nur bestätigt, was von deutscher Seite stets gesagt worden ist. Die Polen sind gar nicht in der Lage, das ihnen zugesprochene Gebiet zu verwalten und wurden zu ihrem Vorgehen und ihrem mit nationalistischem Getue verbrämten Verlangen nur durch hinter ihnen stehende internationale Kapitalisten gestärkt. Die „unparteiische" Entscheidung des Völkerbundrates und das Beiseiteschieben des unzweifelhaft für Deutschland sprechenden Abstimmungsergebnisses gerät aber in eine wenn auch nicht gerade überraschende, dennoch durchaus klärende Beleuchtung. Die Franzosen, Engländer, Japaner sprachen nicht den Polen, sondern sich selbst die von Deutschland losgerissenen Gebiete zu, um dort ihre Geschäfte betreiben zu können. Es ist sehr gut, daß dies von den Polen selbst in unzweideutiger Weise festgestellt wird.

Die beiden deutschen Bevollmächtigten für die oberschlesischen Wirtschaftsverhandlungen sind aus Genf nach Berlin zurückgekehrt, nachdem die Einzelheiten des Geschäftsganges vereinbart worden sind. Die Verhandlungen selbst sollen voraussichtlich um die Mitte Dezember beginnen, und man hofft auf Beendigung in etwa drei Wochen.

Werden wir nach Washington geladen?

Scharfer Einspruch der Franzosen.

Die Absicht des Präsidenten Harding, Deutschland und Rußland zur Konferenz nach Washington nachträglich einzuladen, war bekanntlich eine deutliche Erwiderung auf Briands herausfordernde Absage an das amerikanische Abrüstungsprogramm. Bei England und Italien hat Hardings Gedanke mehr Anklang gefunden, und es heißt, daß England und die Vereinigten Staaten bereits Schritte getan hätten, um Deuschland auf die Konferenz zu bringen. Um so schärfer hat der Vertreter Briands, Viviani, gegen diese Absicht Stellung genommen. Er meinte, er müsse einer Zuziehung Deutschlands mit den gleichen Gründen widersprechen, mit denen er sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund widersetzte. Ehe Frankreich mit denen, die das Völkerrecht in so offenkundiger Weise verletzt hätten, auf gleichem Fuße verhandele, warte es ab, bis diese „Reue" in längerer Aufrichtigkeit bewiesen haben. Die französische Delegation soll überdies offiziell mitgeteilt haben, jede Wiedereröffnung der Landabrüstungsdebatte würde die sofortige

Abreise der französischen Delegation

zur Folge haben. Das würde natürlich nur eine Fortsetzung der Blutspolitik sein, mit der sich Frankreich in Washington schon sehr geschadet hat. Hardings Plan, einen neuen „Bund der Nationen" zu gründen, für den nur eine „ehrenwörtliche Verpflichtung" vorgesehen ist, erleidet dadurch anscheinend keinen Aufschub, sondern steht im Mittelpunkte der Washingtoner Erörterungen. Ebenso wird versichert, daß mit allen anderen Nationen auch Deutschland zur Ratifizierung der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz eingeladen werden soll. Harding hofft, damit

die ganze Welt für den neuen Verband

zu gewinnen. Diese Vereinigung aller Nationen soll in einer losen Organisation bestehen, die nicht das Recht haben soll, irgendwelche Eingriffe in die Souveränität eines Staates vorzunehmen, wohl aber soll damit ein internationaler Weltgerichtshof verbunden sein, der die Fragen des internationalen Rechts behandelt.

Abwehr nach außen und innen.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin hielt der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eine Rede, in der er zunächst die Ursachen der großen Teuerungswelle untersuchte, unter der wir augenblicklich leiden. Er geißelte scharf den Wucher, der über die durch die Valuta bedingten Preissteigerungen hinausgeht, wies aber ebenso nachdrücklich darauf hin, daß eine Hauptursache der Teuerung eben in dem Sturze der Mark, einer Folge der Reparationslasten, zu suchen ist. Besonders bei Margarine und Textilwaren erkannte er an, daß die ausländischen Rohstoffe umgehend im Preise gestiegen sind. Zu den Maßnahmen gegen den Wucher teilte er mit, daß im letzten Jahre 24 Personen zu Zuchthaus und über 7000 zu anderen Freiheitsstrafen wegen Wuchers verurteilt wurden. Aber auch die im Auslande viel verbreitete Ansicht, daß Deutschland keine Not leide, widerlegte er klar mit dem Hinweise darauf, wie stark z. B. unser Verbrauch an Fleisch und Kolonialwaren gegen 1914 zurückgegangen ist.

Eine Abwehr anderer Art war es, zu der der Minister dann in seiner Auseinandersetzung mit der Politik der Kommunisten überging. Ihre Gewaltmethoden bezeichnete er als Raschemmenpolitik, die die Sozialdemokratie nicht mitmachen könne. Auch tadelte er die U. S. P. D. wegen ihrer Hinneigung zu den Kommunisten, wodurch die Einheitsfront der Arbeiter vereitelt werde. — Andere sozialdemokratische Redner stimmten ihm darin bei, und einer von ihnen sagte, die Arbeiterschaft müsse Leute wie Eberlein und Piek von sich abschütteln und wolle lieber mit Stinnes gehen, von dem man wirtschaftlich viel lernen könne.

Großes Aufsehen erregte es, daß der Versammlungsleiter diese Kundgebung als den Beginn des Wahlkampfes für die zu erwartenden Neuwahlen zum Reichstag bezeichnete, um so mehr, als auch in der unabhängigen Freiheit der Gedanke baldiger Neuwahlen erörtert wurde.

Europäische Wirtschaftsfragen.

Zahlungserleichterungen. — Aufbau Rußlands.

Aus dem undurchsichtigen Netz politischer Fäden, die in den letzten Wochen zwischen Berlin, London und Washington gesponnen wurden, treten jetzt einige Grundlinien deutlicher hervor. Der scharfe Vorstoß, den Briand in Washington gegen Deutschland unternahm, hat dazu geführt, daß die anderen Staaten sich erkennbar von der französischen Politik abgewendet haben und einer ernsthafteren Prüfung der Frage zugänglich zeigen, wie Deutschlands Ruin und seine Folgen für Europa verhindert werden können. Man weiß, daß Deutschland über die Januar- und Februarzahlung hinaus kaum leistungsfähig sein dürfte, und man findet sich bei der Entente (mit Ausnahme Frankreichs) allmählich damit ab, daß gewisse Zahlungserleichterungen eintreten müssen. Ob das

in Form einer Anleihe oder eines Moratoriums

geschehen wird, oder vielleicht durch eine Kombination von beiden, bleibt vorläufig dahingestellt. Jedenfalls ist das eine sicher, daß über beide Wege Verhandlungen schweben, die nach vielerlei Berichten der verschiedensten Quellen gute Erfolge versprechen. Solche Pläne sind auch ohne Frankreich oder sogar gegen seinen Willen durchführbar, denn nur gegen die materielle Herabsetzung der deutschen Zahlungen könnte Frankreich allein erfolgreich Widerstand leisten. Die Angelsachsen aber sind augenscheinlich entschlossen, wie auch Hardings Wunsch nach Teilnahme Deutschlands an der Washingtoner Konferenz beweist, mit uns auf jeden Fall zu irgend einer finanziellen Verständigung zu kommen, die den Zusammenbruch, den Frankreich wünscht, vermeidet. Diese Grundstimmung scheint auch bei dem

Besuch Hugo Stinnes' bei Lloyd George

obgewaltet zu haben. Nach vielem Hin- und Herraten wird jetzt (obwohl das englische auswärtige Amt bei seinem Dementi bleibt) auf das bündigste versichert, daß Stinnes tatsächlich eingehende persönliche Besprechungen mit dem englischen Premierminister selbst gehabt hat, und bei ihm über Sonntag auf dem Landgute Chequers geweilt hat, wo Lloyd George vertrauliche Beratungen gern vor dem vorzeitigen Bekanntwerden bewahrt. Man wird, so lange Einzelheiten dieser Verabredungen nicht bekannt sind, sich auf die Vermutung beschränken müssen, daß dabei nicht nur das Reparationsproblem im engeren Sinne, sondern die großen europäischen Wirtschaftsfragen, soweit eine Interessengemeinschaft des deutschen und des englischen Kapitals vorliegt, im weitesten Rahmen erörtert wurden. Diese gehen einerseits im Anschluß an die Kreditaktion der deutschen Industrie, welche von englischen und amerikanischen Banken finanziert werden müßte, auf eine Reform nicht nur des deutschen, sondern des europäischen, insbesondere des russischen Eisenbahnwesens hinaus und umfassen ferner den Plan eines

gemeinsamen Wiederaufbaues Rußlands

durch England und Deutschland, der selbstredend die Ausbeutung der unerschöpflichen russischen Rohstoffquellen zum Ziele hat. Dieser spezielle Plan wird gleichzeitig von dem englischen Wirtschaftspolitiker Kenworthy eifrig vertreten. Dieser befindet sich jetzt auf einer Reise durch Europa und äußerte in Berlin, daß nur der internationale Handel die Weltwirtschaft aufrichten könne. Wo die Regierungen versagen, müßten die Kaufleute einspringen. England und Deutschland müßten in Sibirien ein großes Eisenbahnnetz bauen. England habe die Schiffe, England habe die politische Macht, und England habe das Geld. Deutschland habe die Organisation, die Ingenieure. England würde die Rohmaterialien liefern. Deutschland würde sie verarbeiten. England würde die fertige Arbeit nach Rußland verkaufen. Und bald würde man dann im Verfolg das Rohmaterial, das

SLUB
Wir führen Wissen.